

Mit amerikanischer Hilfe gegen die Revolution

Zur Lage in Mittelamerika

Seit dem Präsidentenwechsel in Washington stellt sich mit zunehmender Deutlichkeit heraus, daß die traditionelle Abhängigkeit zwischen amerikanischer Politik und dem politischen Schicksal Mittelamerikas, ungeachtet der seit Vietnam und der Ausbreitung des Antiamerikanismus da wie dort veränderten politischen Bewußtseinslage, die gleiche geblieben ist. Die Zukunft der derzeit von revolutionären Unruhen erfaßten mittelamerikanischen Länder El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua entscheidet sich zwar nicht mehr nur in Washington, sie hängt aber entscheidend vom *Ausmaß amerikanischen „Engagements“* ab. Wie direkt und zwingend die Politik der USA die Entwicklung der Länder im karibischen Raum bestimmt, zeigt sich am Beispiel El Salvador.

El Salvador: Perpetuierung des Bürgerkriegs

Der mit Hilfe der Christdemokraten regierenden salvadorianischen Junta gelingt es auch mit militärischer Unterstützung der Vereinigten Staaten nicht, den Bürgerkrieg unter Kontrolle zu bringen. Der christdemokratische Präsident *José Napoleón Duarte*, dem allgemein persönliche Integrität und ein waches soziales Bewußtsein nachgesagt werden, versuchte eine Reformpolitik in Gang zu setzen, scheitert aber darin zunehmend am *Widerstand der auch militärisch organisierten Rechten*. Duarte weigert sich hartnäckig, Verhandlungen mit den Aufständischen aufzunehmen, ehe diese den bewaffneten Kampf nicht aufgeben. Für den 28. März hat Duarte Wahlen für eine verfassunggebende Versammlung angesetzt, an der die Linksoption sowie die Aufständischen, die Befreiungsfront *Farabundo Martí (FMLN)* und ihre politische Organisation, die *Revolutionäre Demokratische Front (FDR)*, sich nicht beteiligen wollen. Die katholischen Bischöfe El Salvadors unterstützen den Wahlauftritt Duartes, fordern aber auch Verhandlungen aller politischen Kräfte, die Guerrilla eingeschlossen, über eine politische Lösung des Konflikts.

Die *militärische Lage* stellt sich im Februar 1982 etwa so dar: Die Guerrilla kontrolliert ungefähr ein Viertel des salvadorianischen Territoriums. Sie erhält aller Wahrscheinlichkeit nach *militärischen Nachschub aus Nicaragua*. Der Armee gelingt es trotz gewaltsamen Vorgehens auch gegen die Zivilbevölkerung und der Unterstützung durch paramilitärisch operierende Gruppen der radikalen Rechten nicht, die Guerrilla zu zerschlagen. Ihre Stärke wird auf etwa 4000 kampferprobte Mitglieder geschätzt; die

Armee ist auf schätzungsweise 25 000 Soldaten verstärkt worden; im Laufe dieses Jahres sollen es 30 000 werden. Zuverlässige Zahlen über Verluste in beiden militärischen Lagern gibt es nicht. Die Zahl der zivilen Opfer gab der Apostolische Administrator von San Salvador, Bischof *Arturo Rivera y Damas*, mit 11 723 für die ersten 11 Monate des vergangenen Jahres an. In demselben Zeitraum verschwanden 1808 Menschen spurlos. Etwa 230 000 Salvadorianer haben das Land verlassen, mindestens 300 000 flüchteten in andere Regionen des Staates (nach *Ecclesia*, 16. 1. 82).

Die Vereinigten Staaten haben El Salvador im laufenden, bis Oktober dauernden Haushaltsjahr rund 180 Millionen Dollar *Wirtschafts- und Militärhilfe* geleistet. Unter Umgehung des Kongresses stellte Präsident Reagan El Salvador Anfang Februar zusätzliche 55 Millionen Dollar Militärhilfe aus einem Sonderfonds „für den Einsatz in Sicherheitsnotfällen“ zur Verfügung. Wenige Tage später verlautete aus Kreisen des Senats und des amerikanischen Außenministeriums, Reagan wolle im neuen Haushaltsjahr die Hilfe für El Salvador auf insgesamt 325 Millionen Dollar, darunter 60 Millionen für militärische Zwecke, aufstocken. Mindestens 1500 salvadorianische Soldaten werden in diesen Wochen von den amerikanischen Streitkräften in North-Carolina und Georgia ausgebildet. Eine direkte amerikanische Intervention in El Salvador scheidet zu diesem Zeitpunkt nach Aussage von Außenminister Haig aus, wird aber für die Zukunft nicht ausgeschlossen. In Zusammenarbeit mit den salvadorianischen Streitkräften siedelt *Honduras* derzeit die an der Grenze zu El Salvador in Lagern lebenden 13 000 salvadorianischen Flüchtlinge ins Landesinnere um. Wiederholt waren Armeeeinheiten aus El Salvador gegen die Grenzlager vorgegangen, da die dort lebenden Flüchtlinge mit den entlang der Grenze zu Honduras erfolgreich operierenden Guerrilla sympathisieren. In der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa hieß es dazu, die Umsiedlungsaktion entspreche der Empfehlung des UN-Flüchtlingskommissars, keine Lager in Konfliktzonen zu halten. Beobachter rechnen damit, daß die Guerrilla auch von Honduras aus bekämpft werden soll. Schwer einzuschätzen ist der Rückhalt der Guerrilla bzw. der Regierung Duarte in der Bevölkerung El Salvadors. Nach Meinung von Augenzeugen des Bürgerkriegs ist die politische Kraft des Volkes durch die Dauer und die Schrecken des Bürgerkriegs bereits gebrochen.

Außenpolitisch hat Junta-Präsident Duarte im vergangenen Jahr Erfolge erringen können. Im Januar dieses Jahres

riefen El Salvador, Honduras und Costa Rica eine „demokratische Gemeinschaft Mittelamerikas“ ins Leben, die die wirtschaftlichen Beziehungen der Länder koordinieren soll. Gegenseitige „Solidarität“ sicherten sich die drei an Nicaragua grenzenden Staaten für den Fall zu, daß ein Land Opfer einer „Aggression oder irgendeiner Art von internationaler Pression“ werden sollte. Auf der 11. Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten OAS im Dezember 1981 brachten vier zentralamerikanische Länder eine *Resolution zur Unterstützung der salvadorianischen Junta* und ihrer Wahlpolitik ein, die mit 22 Stimmen bei drei Gegenstimmen (Mexico, Nicaragua, Grenada) und vier Enthaltungen angenommen wurden. Außerhalb Lateinamerikas findet die Junta weniger moralische Unterstützung. Die westlichen Demokratien sind wie übrigens auch die Mehrheit des amerikanischen Kongresses der Auffassung, daß die Politik der Regierung Duarte erst dann glaubwürdig wird, wenn es gelingt, die zahllosen Übergriffe regulärer Truppen im Verein mit den Mordkommandos und Rechtsextremisten unter Kontrolle zu bringen. Duarte steht vor dem unausgesprochenen *politischen Dilemma*, daß eine radikale Säuberung der Armee die Glaubwürdigkeit seiner Regierung erhöhen, die Kampfkraft der Armee jedoch beträchtlich herabsetzen würde.

Insgesamt erscheint die Lage in El Salvador immer aussichtsloser. Die derzeitige amerikanische Militärhilfe reicht lediglich aus, einen Sieg der Guerrilla vorläufig zu verhindern. So gelangen Militärexperten zu dem zynischen Schluß, daß die Amerikaner in El Salvador ein Kräfteverhältnis schaffen, das die Fortsetzung des Bürgerkriegs garantiert. Es sei denn, die Bürgerkriegsfronten zeigten endlich die Bereitschaft zu verhandeln.

Guatemala: die schlagkräftigste Guerrilla

Das Regime des Generals *Romeo Lucas García* in Guatemala stellt die Regierung der Vereinigten Staaten vor die unlösbare Aufgabe, die eigenen Sicherheitsinteressen im gleichen Umfang wie bisher zu wahren und gleichzeitig wenigstens eine gewisse Distanz zu dem Regime zu halten, dessen Gewaltherrschaft und Unbedenklichkeit in der Wahl der politischen Mittel in Lateinamerika allenfalls von der Duvalier-Diktatur in Haiti erreicht wird. Der Widerstreit von Interessenpolitik und dem Bemühen um ein Minimum an Glaubwürdigkeit ist der Politik Reagans und seines Außenministers *Haig* im Fall Guatemala deutlich anzumerken. Sie zeichnet sich durch ein erhöhtes Maß an Diskretion aus und erscheint widersprüchlich. So hat Präsident *Reagan* die von seinem Vorgänger *Carter* eingestellte *Militärhilfe für Guatemala* offiziell nicht wieder aufgenommen, möglicherweise in der durchaus richtigen Einschätzung, der Kongreß könnte die (erforderliche) Zustimmung verweigern. Der guatemaltekeische Generalstabschef und Bruder des Präsidenten, General *Benedicto Lucas García*, gab öffentlich seiner Enttäuschung über das

andauernde Waffenembargo Ausdruck. Für getrübtte Beziehungen spricht auch die Tatsache, daß die Empfehlung Washingtons an den Präsidenten und die ihn stützenden Rechtsparteien, sie möchten einen Zivilisten für die am 7. März stattfindenden Wahlen kandidieren lassen, in Guatemala City nicht befolgt wurde. Die Erfahrungen des guatemaltekeischen Volkes mit den üblichen Wahlmanipulationen lassen auch für die kommenden Wahlen eine extrem niedrige Beteiligung erwarten.

Die eigentliche Sorge der Amerikaner gilt jedoch der *guatemaltekeischen Guerrilla*, die fast unbemerkt von der Weltöffentlichkeit zur schlagkräftigsten im mittelamerikanischen Raum geworden ist. Guatemala steht am Rand eines Bürgerkriegs, der noch blutiger verlaufen könnte als der in El Salvador. In den ersten vier Wochen des Jahres sind bei Überfällen, Attentaten und spektakulären Gruppenschießungen mehr als 600 Menschen umgekommen, darunter ganze Familien. Verschärft wird der Konflikt zwischen den Guerrilla-Gruppen ORPA („Revolutionäre Organisation des bewaffneten Volkes“) und EGP („Guerrilla-Armee der Armen“), die sich mit zwei kleineren Verbänden zur „Revolutionären Union Guatemalas“ (URG) zusammengeschlossen haben, und der Armee durch die stetig wachsende Parteinahme der indianischen Bevölkerung (50 Prozent der 7 Millionen Einwohner des Landes) für die Aufständischen. Mitte Februar behauptete die URG, sie kontrolliere bereits 60 Prozent des guatemaltekeischen Territoriums.

Die *Verfolgung der katholischen Kirche* durch Regierung und rechtsextreme Gruppen dauert unvermindert an, was die Beziehung zu den USA zusätzlich belastet. Die weitgehend von den Amerikanern ausgebildete guatemaltekeische Armee sucht Unterstützung für ihren Kampf gegen die Guerrilla und findet sie nach eigenen Aussagen u. a. in Israel und Argentinien. Für die USA stellt sich die Frage, auf welche Weise und in welchem Ausmaß sie ihre Interessen an der Seite eines Regimes wahrnehmen können, das schon vor dem Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen seine bürgerliche Opposition erfolgreich zu liquidieren versuchte (vgl. HK 1980, 491 ff).

Nicaragua: von Amerika isoliert

In *Honduras* hat das Militär die Macht an den im vergangenen November gewählten Staatspräsidenten *Roberto Suazo* abgegeben. Das arme, durch Unfähigkeit und Korruption heruntergewirtschaftete Land hat eine neue, demokratische Freiheiten und sozialen Fortschritt verheißende Verfassung erhalten, zählt zu den *zuverlässigen Verbündeten der USA* und hat eine stark antikommunistisch ausgerichtete Armee, die derzeit mit amerikanischer Hilfe ihre Luftwaffe für den Anti-Guerrillakampf verstärkt. Der neue Präsident, in dessen Liberaler Partei auch ein linker, mit den Sandinisten und der salvadorianischen Guerrilla sympathisierender Flügel existiert, sucht aber auch Kontakt zu Mexiko und Venezuela, die Wirt-

schaftshilfe zugesagt haben. Die *soziale Struktur* der „Banananrepublik“ macht das Land zwar weniger anfällig für die Revolution, da der Reichtum oder, besser gesagt, die Armut dort gleichmäßiger verteilt ist als in den Nachbarländern. Die politischen Unruhen in diesen Ländern haben jedoch die strategische Bedeutung von Honduras erhöht und schüren die bestehenden revolutionären Zellen. Für Honduras steht zu befürchten, daß es so tief in den zentralamerikanischen Interessenkonflikt gezogen wird, daß die reformerischen und sozialpolitischen Ziele des neuen Präsidenten dabei auf der Strecke bleiben.

In *Nicaragua* steuert die linksgerichtete Revolutionsregierung – mit gelegentlichen Abweichungen – außenpolitisch einen prokubanischen und prosovjatischen Kurs und liefert damit der amerikanischen Führung die Argumente für ihre allein den eigenen Sicherheitsinteressen dienende Mittelamerikapolitik. Die eigentliche Gefahr für Nicaragua, das endgültige *Abgleiten in ein totalitäres Staatssystem*, wird von dem zuständigen interamerikanischen Büro im State Department längst als gegebenes Faktum gesehen und unermüdlich propagiert. Für totalitaristische Ambitionen der Sandinisten sprechen die Behinderung der Presse- und Gewerkschaftsfreiheit, Indoktrinationstendenzen im Bildungswesen und kommunistischen Regimen entlehnte politisch-gesellschaftliche Organisationsmuster.

Dagegen sprechen außer gelegentlichen verbalen Zusicherungen der sandinistischen Führung das die Privatwirtschaft respektierende gemischte Wirtschaftssystem, die Einsicht der politischen Führung, daß das Land ohne westliche Hilfe nicht existieren kann und die offensichtliche ideologische Diskrepanz zwischen Parteispitze und den mittleren national gesonnenen Kadern der Partei. Manches spricht dafür, daß die gebannt auf Nicaragua blickende westliche Welt unter dem Einfluß der amerikanischen Regierungspropaganda Fixierungen im Staatsgefüge Nicaraguas entdeckt, nach denen in Managua allenfalls gesucht wird. Die sandinistische Regierung zeigt deutliche Schwachstellen; eine davon ist die mangelnde politische Erfahrung der meisten Kabinettsmitglieder. Dieser *Unsicherheitsfaktor* hat etwa Mexiko seit Bestehen des sandinistischen Staates veranlaßt, dem neuen Regime wirtschaftliche und politische Hilfe zu leisten.

Die von Washington betriebene Isolierung Nicaraguas, das bei der letzten Versammlung der OAS auf Santa Lucia nicht mehr eingeladen war, wird allerdings von Nicaragua selbst durch eine beispiellose militärische Aufrüstung mitbetrieben. Die reguläre Armee zählt bereits zwischen 22 000 und 33 000 Mann und soll angeblich auf 50 000 erhöht werden, die Volksmilizen stellen weitere 30 000 bis 50 000 Mann (nach *Time*, 18. 1. 82). Die Landebahnen mehrerer Flughäfen werden ausgebaut, und die Vermutung liegt nahe, daß Nicaragua zu einem zweiten militärischen Stützpunkt der Sowjetunion im karibischen Raum werden soll.

Die Vereinigten Staaten bewerten die revolutionären Vorgänge in Mittelamerika zuallererst, wenn nicht ausschließlich, als bedrohliche Einbrüche in ihr natürliches

Kraftfeld. An ihren vielfältigen, im weiteren Sinn interventionistischen Unternehmungen in diesen Ländern sind die Grundzüge ihrer Mittelamerika-Politik abzulesen: Die USA leisten militärische Hilfe für den antirevolutionären Kampf in dem von ihren eigenen demokratischen Kontrollorganen abgesteckten Rahmen. Erst in allerletzter Zeit bemüht sich Präsident Reagan, die *militärische Unterstützung mit verstärkten Wirtschaftshilfen zu flankieren*, die der politischen Stabilisierung der Länder und ihrer rückständigen politischen Strukturen dienen sollen. Im Fall Nicaragua versucht Washington, das Regime außenpolitisch zu isolieren und mit der verbalen Drohung einer direkten amerikanischen Intervention einzuschüchtern.

Fehldeutungen in Washington

Die *Sicherheitsinteressen* und der von Reagan neubelebte *ideologische Antikommunismus* prägen die derzeitige amerikanische Mittelamerika-Politik mehr als der jahrzehntelang herrschende „Dollar-Imperialismus“. Während Präsident Reagan im vergangenen Jahr den Ost-West-Konflikt unermüdlich als alleinige Ursache und treibendes Element der revolutionären Unruhen in Mittelamerika darstellte, offenbar in der Absicht, antikommunistische Kräfte zu sammeln, bemüht sich Washington in der Einschätzung der Vorgänge jetzt mehr um eine regionale Eingrenzung.

Von kirchlicher Seite im eigenen Land mußte sich die amerikanische Regierung inzwischen sagen lassen, daß die eigentliche Ursache des revolutionären Aufbruchs in Mittelamerika nicht der Kommunismus, sondern „die inneren sozialen Verhältnisse der Länder, die von Armut und der Verweigerung grundlegender Menschenrechte gekennzeichnet“ seien (Erklärung der US-amerikanischen Bischöfe zu Zentralamerika, zitiert aus *NC News Service*, 23. 12. 81). Den Erzbischof von Managua, *Miguel Obando Bravo*, der die Entwicklung seines Landes eher mit Sorge beobachtet, veranlaßte die nicaraguafeindliche Propaganda Washingtons im Januar zu der wiederholten Feststellung, es sei falsch, von Nicaragua als einem totalitären Regime zu sprechen. Er warne allerdings vor den Folgen einer politischen Isolierung Nicaraguas.

Die Mittelamerika-Politik der Vereinigten Staaten war immer schon *Machtpolitik*. Der Versuch Präsident Reagans, diese Interessenpolitik mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln fortzuführen, ist jedoch geeignet, die *Schwächen der westlichen Großmacht* bloßzulegen. Bei gleichbleibenden Sicherheits- und Kontrollansprüchen, wie sie im „amerikanischen Hinterhof“ schon immer galten, stoßen die USA auf ungewohnten Widerstand, ohne diesem mit dem erforderlichen Kräfteaufwand begegnen zu können.

Der *militärische Handlungsspielraum* der Regierung Reagan entspricht diesen Ansprüchen bei weitem nicht mehr. Die direkte militärische Intervention in Mittelamerika, nach Meinung Washingtons die sicherste Lösung für ein befriedetes Mittelamerika, wird als Drohung ausgespro-

chen, aber aller Wahrscheinlichkeit nach nicht in die Tat umgesetzt. Weder für die Invasion zu Lande noch für eine Seeblockade dürfte der amerikanische Präsident die nötige Unterstützung im eigenen Lande finden, das selbst die bisherige Waffenhilfe für El Salvador mehrheitlich mißbilligt. Unter den militärischen Befehlshabern bestehen zudem starke Bedenken gegen eine Verlagerung von für den Guerrillakampf geeigneten Truppen. So dienen die verbalen Kraftakte der amerikanischen Regierung weniger zur Abschreckung als – in Nicaragua – der Rechtfertigung für weiteres Aufrüsten. Diese Diskrepanz zwischen den Sicherheitsansprüchen der Vereinigten Staaten und mit allen Möglichkeiten, sie durchzusetzen, ist zwar offensichtlich, hat aber zu keiner Korrektur ihrer Mittelamerikapolitik geführt.

Außenpolitisch hat sich der Spielraum für eine kontinentale Großmachtspolitik ebenfalls verengt: Die Gefügigkeit lateinamerikanischer Regime hat spürbar nachgelassen und kehrt sich mehr und mehr in einen feindlichen *Anti-amerikanismus* um, der überall atmosphärisch auftritt und

sich auch bereits politisch niederschlagen beginnt, wie etwa das mexikanische Beispiel zeigt. Dies erfuhren die USA, als die Regierung zum Jahresende 1981 in Mittel- und Südamerika die Bereitschaft zur Beteiligung an einer militärischen Intervention in Nicaragua bzw. El Salvador sondierte und selbst bei den harten Regimen auf Ablehnung stieß. Einflußreiche lateinamerikanische Staatsmänner empfehlen Washington ihrerseits eine Wende der amerikanischen Politik gegenüber Nicaragua, für die es noch nicht zu spät sei.

Bisher gibt es keine Anzeichen dafür, daß Washington darauf eingeht. Die rhetorische Frage des für Mittelamerika zuständigen Unterstaatssekretärs *Thomas B. Enders*, wer in Mittelamerika noch ohne Furcht lebe, wenn nach Nicaragua auch El Salvador „von einer gewalttätigen Minderheit erobert“ würde, deutet eher darauf hin, daß strammer Antikommunismus und die Hinterhof-Mentalität weiterhin die amerikanische Politik bestimmen. Diese Politik ist historisch konsequent, aber darum noch nicht richtig.

Gabriele Burchardt

Interview

Schuld und Vergebung. Wandel der Bußpraxis

Ein Gespräch mit Bischof Georg Moser

Die kirchliche Bußpraxis hat sich in den letzten 10 bis 15 Jahren stark gewandelt. Ein sehr massives Zeichen dafür ist der starke Rückgang der Beichte. Zugleich sind vor allem durch das II. Vatikanum neue Bußformen entstanden. Die Ursachen, die zu diesem Wandel geführt haben, die Herausforderungen, die darin für die Seelsorge stecken und die Möglichkeit, die verschiedenen Bußformen im Leben der Kirche glaubwürdiger zu verankern, waren Thema unseres Gesprächs mit dem Bischof von Rottenburg-Stuttgart, Georg Moser. Die Fragen stellten Ulrich Ruh und David A. Seeber.

HK: Herr Bischof Moser, die Beichtpraxis in unserer Kirche ist abrupt und in großem Umfang zurückgegangen. Dabei entsteht der Eindruck, die Seelsorge finde sich damit ab; kaum jemand rege sich noch darüber auf. Aber ist das nicht doch ein sehr einschneidender Vorgang, jedenfalls eine sehr tiefgreifende Veränderung in der katholischen Art, Christ zu sein?

Moser: Sorgen sind wahrhaftig damit verbunden, und pastorale Probleme von weitreichender Bedeutung beunruhigen jeden gewissenhaften Seelsorger wie auch zahlreiche Gemeindeglieder. Von einem abrupten Ereignis möchte ich jedoch nicht sprechen.

HK: Aber die neue Entwicklung setzte sehr plötzlich nach dem Konzil ein ...

Moser: Sicher gab es einige besonders mit dem Konzil zusammenhängende Anlässe, vor allem die Einführung der Bußfeiern. Aber man sollte nicht alles, was heute schwierig wird, dem Konzil in die Schuhe schieben. Es gibt einige tieferliegende Gründe für die von Ihnen angesprochene Entwicklung. Bereits in der Diskussionsphase, die dem Konzil vorausging, kam ja das Unbehagen an der seinerzeitigen Praxis sehr stark zum Ausdruck ...

„Ein von der Aufklärung und dem Jansenismus geprägter Rigorismus hat sich verengend auf das Bewußtsein der Christen ausgewirkt“

HK: Ist nicht das Unbehagen an der früheren Praxis, das seit dem Konzil signalisiert wird, eine der wesentlichen Hypothesen für die Zeit danach? Stand nicht die bloße Andachtsbeichte zu stark im Vordergrund, wodurch der Ernst der Umkehr doch ein Stück weit verloren ging? Und ein zweiter Punkt: Bestand nicht von dem her, was gebeichtet wurde, eine zu starke Verengung auf bestimmte Bereiche, sei es nun das sechste Gebot oder seien es die Kirchengebote, jene Bereiche, die nach dem Konzil in der Hierarchie dessen, was ein Christ zu tun hat, weithin an selbstverständlicher Bedeutung verloren haben.